

Bezugspreise:

Der Halle monatlich bei zweimaliger
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark.
Zusendungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern entgegengenommen, als
einstufige Zeitungsgesamtheit unter
einer Leitung eingetragene. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit
Erlaubnis der „Saale-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1103
u. 1133, der Verlags-Abteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Zwölfzeilen 40 Pf., Restraum
die 22 mm breite Meterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
6 a. l. e. Erfüllungsort: Halle,
Sonntag und Montag 1 mal.
Schließung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Dromo-
nstraße 1a, Gr. Brauhausstr. 17.
Telefon: 221. Geschäftsstelle: Große
Mühlentorstr. 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 50.

Halle, Montag den 31. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfa.

Der Aufmarsch zum Entscheidungskampf.

Dem Kampfbunde stehen in den nächsten Wochen schwere
Muster bevor, in denen es um mehr geht, als nur um die
materiellen Vorteile einzelner Berufsstände. In diesen wach-
senden Dingen die wolle Bedenkenzentration erfordert, als
bei der Ausgleich der wirtschaftlichen Lage und die ge-
richtige Wertung der verschiedenen Kreisstellungen. Man braucht
nur die bereits jetzt in den Wärlern erschienenen Werbungs-
gen der Parteien genau durchzulesen, um zu erkennen, daß
der Kampf in seinem Kern sich darum dreht, ob Preußen
ein gleichberechtigtes Glied in dem großen einigen
deutschen Volkstaat bleiben soll, oder ob wir in der Zukunft
wieder unter den Spannungen des Particularismus zu
leben müssen, der mehr als einmal das selbe Geschehe des
einigen Reiches zu zerrüttemt brachte.

Wie es scheint, ist sich die Masse der bürgerlichen Wähler
noch immer nicht darüber klar geworden, daß hinter der Ver-
sprechungen, die die Rechtsparteien in verschiedenen Fällen
in ihren Wahlankündigungen allen Kreisen des deutschen
Volkes machte, einzig und allein der Gedanke steht, eine
Mehrheit des Volkes hinter sich zu bekommen, um damit den
demokratischen freien Volkstaat, wie er sowohl
im Reich als auch in Preußen durch die Verfassungen ge-
mäßheitlich ist, zu Falle zu bringen und der Juris-
diktation der Staatsform zur alten Idee des Dreikönig-
staates die Wege zu ebnen. Es sind hier wieder die alten
Kämpfe am Werke, die schon früher und von jeher sich der fer-
schäftlichen Entwicklung des deutschen Volkes entgegen-
setzten, um die Masse des Volkes in maßloser Unterwür-
gung der geistigen Volksträfte in der Unterthanen-
schaft zu erhalten; die trotz aller Erweiterung ihrer Rechte doch immer
nur ein bündes Werkzeug für den Imperialismus eines zum
Gögen gemacht Staats bleiben soll.

In diesem Kampfe trennen die Rechtsparteien tatsächlich
nur als die Reaktion in die Erscheinung, die den freien
Volkstaat zerrüttemt will und in ihrer blinden Wut über
den Verlust ihrer alten Vormachtstellung nicht erkennt, daß
sie mit einer solchen Widerstandsentscheidung dem deutschen
Volk die schwerste Last nimmt, in absehbarer Zeit
zu einer wirtschaftlichen und politischen Umwälzung zu kommen.
Dem deutschen Bürgertum in breiter Zusammenfassung
muß immer und immer wieder mit der größten Eindringlich-
keit der Ruf entgegenhallen:

**Kraft euch doch endlich einmal auf aus der
Kumpfen Verhagel, in die ihr durch die wirt-
schaftlichen Nöte getrieben werdet.
Macht euch endlich frei von den „gottgewoll-
ten“ Abhängigkeiten, zu denen euch ein zu-
sammengedrohter Obrigkeitssaat systema-
tisch durch Schule, Kirche und die übrigen staats-
lichen Organe erzogen hat.
Erkennt doch endlich die Realitäten des
Lebens, schaut die Dinge nicht, wie sie euch
phantastische Illusionspolitiker zeigen, son-
dern wie sie wirklich sind.**

Wenn die Masse der Wähler zu einer solchen Klarheit der
Bedenken zu kommen vermag, dann wird sie auch den Weg
finden, auf dem allein die Gesundung und der Wiederaufstieg
möglich ist, und die Demagogie erkennen, die von rechts wie
von links an der Zerrüttemt des bereits vorhandenen
Staatsbodens arbeitet mit einer Bestenlosigkeit und Ober-
schneidlichkeit, die des deutschen Volkes der Denker und der
Wissenschaftler jedes Geduldi in die Realitäten des
Lebens, schaut die Dinge nicht, wie sie euch
phantastische Illusionspolitiker zeigen, son-
dern wie sie wirklich sind.

Die deutschnationale Volkspartei behauptet, rückwärts-
läufige Parteien und rechtlose Willkür auf der
einen, verderbliche Schwäche und Unfähigkeit auf der anderen
Seite drohen alles zu zerören, was den preußischen Staat
und den preußischen Namen groß gemacht hat. Weiter be-
hauptet sie, daß jeder Terror sich offen entfalten dürfe und
daß die Regierung, die den Staatsbürger nicht zu
schützen imstande sei, noch den friedlichen Selbstschutz
unterlasse.

Diese Behauptungen sind ein Schlag ins Gesicht
der Mehrheit des deutschen Volkes, denn durch
den Mehrheitswillen des souveränen Volkes ist im Rahmen
der gültigen Verfassung die Regierung geordnet worden. Und
wenn diese Regierung heute noch nicht die Macht und die
Autorität hat, ihren Willen und damit den Willen der
Volksmehrheit richtig durchzusetzen, so liegt das nicht an ihrer
Unfähigkeit oder Schwäche, sondern einzig und allein daran,
daß die Opposition von rechts wie von links diese
Autorität gleichmäßig sabotiert, weil ihr die
„richtige“ Richtung nicht paßt.

Die aufstrebende Mitarbeit haben bisher weder die rechts-
stehenden noch die linksgerichteten Extremisten in nennens-
wertem Maße geleistet. Sie haben den Parteien der Mitte
nur ununterbrochen und mit raffiniertester Geschicklichkeit
Stümpfer zwischen die Beine gemorren, haben die Unaufrichtigkeit
geleitet, um hinterher die in ihrer Arbeit geklemmte Regierung
noch wegen der durch sie nicht verursachten Hemmnissen
zu schmähen und der Unfähigkeit zu zeihen.

Das ist ein Mißbrauch der Freiheiten, die die
demokratische Staatsverfassung gegeben hat, der nicht diese
Verfassung und die durch sie geordnete Staatsform destruiert,
sondern einzig und allein die Elemente, welche sich durch
ihre frommen Anträge der realen Freiheiten
unwürdig erweisen.

Um sich darüber klar zu sein, welchen Weg das Volk gehen
muß, um aus der tiefen Not wieder heraus zu kommen, muß
die Masse der Wähler folgenden Tatsachen unbedingt Rech-
nung tragen:

1. Die gegenwärtige Not ist und bleibt eine unab-
änderliche Folge der falschen Kriegswirtschafts-
politik, die mit ihrem System der Anreizpreise und der
Anreizloshemmnissen in den Munitionsbetrieben das ge-
samte Wirtschaftleben auf eine falsche Grundlage und auf den
Kraumbau eingeleitet hat in der falschen Voraussetzung, daß
bei einem freigelegten Ausgang eines künftigen Krieges die
unterliegenden Öegner alles bezahlen. Von den
Folgen dieser unabwehrlichen Tatsache kann keine
Regierung, welcher Staatsform auch immer es sei, das deutsche
Volk frei machen. Nur Sparmaßnahme, Ordnung, Arbeit, Selbst-
sucht, selbstlose Pflichttreue, Hingabe des einzelnen an das
Ganze, strenge Zusammenfassung aller Volksträfte zum Dienst
am Vaterlande können die Folgen mildern und darüber hin-
weghelfen. Das aber sind selbstverständliche natio-
nale Voraussetzungen für ein Volk, das zur Selbst-
bestimmung seiner Größe im Sinne der demokrati-
schen Verfassung reif und sich dieser Reife bewußt ist.

2. Eine ungeleitete Wiederaufarbeitung ist unmöglich,
wenn das deutsche Volk über unbewusste Partei-
politik in zmet große Lager gespalten wird, die
sich feindselig gegenüberstehen. Ein Staatspaß ohne oder
gegen die gemittelte Sozialdemokratie ist nach der realen Lage
der Dinge einfach unmöglich. Die Sammlung der bürgerlichen
Elemente unter dem Banner der Monarchie oder des Volks-
königtums, also in dem mehr oder weniger stark betonten
Gedankengang von Dürstert und Untertanen, bringt natür-
lich den falschen Gegenstand als alle be-
stehenden Elemente, die auf die Freiheit des demokratischen
Volkstaates als der höheren Form der staatlichen Ordnung
nicht mehr verzichten wollen. Also selbst wenn eine Mehrheit
für den Dreikönigstaatsgedanken zu haben wäre, so müßte
diese immer nur schwach sein und würde mit unabwehr-
licher Konsequenz eine gezielte Umwer-
fung der Minderheit auslösen. In demselben Maße
würde aber eine Gegenaktion einleiten gegen jeden mit
schwacher Mehrheit unernommenen Versuch der Einführung
der kommunistischen Staatsordnung. Also mit
anderen Worten: der deutsche Zug nach dem west-
lichen wie dem östlichen Extrem wird unabwehrlich zum
Völkerkrieg führen, weil sich immer eine viel zu große
Minderheit des Volkes verweigert führen müßte, als daß
sie den Druck der schwachen Mehrheit ertragen könnte, Wohin
die Folgen jedoch endlos verheerenden Extremen wirt-
schaftlich führen muß, darüber sollte sich doch heute wirklich
sein denkender Deutscher mehr im Klaren
sein. Wir tämen zum Chaos. Und dieses Chaos würde
der Entente der willkommene Anlaß sein, mit ihren mili-
tärlichen Machtmitteln dem deutschen Staatsboden den Todes-
stoß zu versetzen und dem deutschen Volke den Gedanken an
jede imperialistische Idee auszurotten. Wenn wir das aus-
sprechen, so ist das kein Schrecken nach der Entente, sondern
lediglich das Bestellen einer tiefertraurigen aber
nicht absehbaren brutal-wahren Tatsache.

Wer es also wirklich ehrlich mit dem deutschen Volke
meint, mit heiserer Stimme am Vaterlande hängt und
an die Kraft unseres Volkes zum Wiederaufstieg glaubt, kann
gar nicht anders, als dazu auffordern, am 20. Februar
seiner Partei die Stimme zu geben, deren Stärkung zu
der gekennzeichneten Katastrophenpolitik der Ex-
tremisten führen muß.

Für jeden klaren Verstand gibt es nur einen ein-
zigen Weg, und das ist der, die realen Zustände anzu-
erkennen und zwischen dem extremen rechten und dem
extremen linken, die den Zusammenbruch des gesamten
und damit den Bürgerkrieg verbindet. Der Kern
dieser Mitte ist und kann aber nur eine Partei sein, die
weder mit den reaktionären noch mit den linksradikalen
Tendenzen in irgendeiner Form abhängt, sondern nichts
anderes will, als nur die unabwehrliche Aner-
kennung des Selbstbestimmungsrechtes des
sovereänen Volkes und die Vernichtung des deut-
schen Einheitsgedankens im Sinne der vom ganzen
deutschen Volke gelungenen Idee eines Hoffmann von Fall-
bergschen und anderer Herden des Deutschtums. Wer in
diesem Sinne deutsch ist und national denkt, kann
gar nicht anders, als am 20. Februar den rechten und
linksradikalen die Gefügigkeit verweigern und
deutschdemokratisch für alle drei Körperstellen
stimmen.

Jedem Demokraten, jedem Arbeiter unseres Volkes müßte
es Ehrenpflicht sein, in diesem Sinne überall aufzuklären zu
wirken und auch die „Saale-Zeitung“ als Trägerin
solcher Gedanken in seinem Bekanntheitskreis so intensiv zu
verbreiten, wie es u. a. auch von den linksradikalen mit ihrer
Folge getan wird. Niemand darf lau werden. Die
bedrohenden Gefahren sind tiefgreifend und können nur
überwunden werden, wenn alle klarsinnigen Deutschen dem
demokratischen Gedanken weite Verbreitung zur Bil-
dung einer Partei mitteilen.

Also auf zur Tat, ehe es zu spät ist!

Reichstagsreform.
(Von einem Parlamentarier.)
Der Abg. Radtack hat keine erfindungsreiche Rede
zum Justiztag mit der Bemerkung gefälligst, daß zur Durch-
führung seiner Gedanken vor allem ein arbeitsfähiger
Reichstag gehört, der auch wirklich imstande sei, wichti-
gere Ideen durchzuführen und durchzuführen und sich nicht
in bloßer Kritik herauszugeben und erschöpfen. Darüber, daß
der Reichstag in seiner gegenwärtigen Verfassung dieser
Forderung nicht genügt, wird wohl weder er selbst, noch
irgendjemand anderer Mensch auch nur im geringsten im Zweifel
sein. Die Arbeitsmethode des Reichstages hat gründlich
verrotzt und verliert von Tag zu Tag mehr an Wert. Es
fehlt nicht dieses trübseligen Kräfteflusses fehlt es nicht;
nicht an reichhaltigen Betrachtungen und Ängeln. Die
Deutsche demokratische Fraktion hat das Ver-
dienst, aus diesem Stadium heraus den Weg zur Tat
eingeschlagen zu haben. Sie bringt Anträge, die eine durch-
greifende Veränderung und Besserung bezwecken.

Diese Anträge betreffen die drei Gebiete, auf denen sich
die Mängel des heutigen Zustandes besonders deutlich
zeigen. Der Reichstag erhebt im Einklang mit der
Verfassung von ihm nur formell als Sachverammlung er-
scheint, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl
seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was
ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbe-
sondere Gelegenheits- ohne große prinzipielle oder praxis-
tische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt
werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die
Vollversammlung gehören, auch wirklich überleben und
von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt
werden, daß das Geschäft der Sachverhandlung der
deutschen Fraktion in einem Ausschuss nicht wider-
steht. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für
das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich
und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll
eine feste Zeitgrenze für die Etatsverhandlung der Gestalt
gegessen werden, denn wenn die Debatte nicht einhalten,
ist abgeschlossen werden, und der Reichstag durch Abstimmung
ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß
der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden.
Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten
wird, so ist es notwendig, daß die Einbringung einer Inter-
pellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die
ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktion
gegründet. Daß dies bei der Transparenz der
Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht
und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung
der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und
Auswahlsitzungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier
Tage jeden Monats von Volk und Auswahlsitzungen hin-
zuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages,
das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um
ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Ausbau des
Einheitsrats, der bisher eine lediglich beratende
Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten
entfaltet, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl
in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die
neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vor-
wärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der
Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt.
Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm
selbst im höchsten Maße, sondern auch dem Reich und der Staats-
autorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen
Verfassung ist.

gere Ideen durchzuführen und durchzuführen und sich nicht
in bloßer Kritik herauszugeben und erschöpfen. Darüber, daß
der Reichstag in seiner gegenwärtigen Verfassung dieser
Forderung nicht genügt, wird wohl weder er selbst, noch
irgendjemand anderer Mensch auch nur im geringsten im Zweifel
sein. Die Arbeitsmethode des Reichstages hat gründlich
verrotzt und verliert von Tag zu Tag mehr an Wert. Es
fehlt nicht dieses trübseligen Kräfteflusses fehlt es nicht;
nicht an reichhaltigen Betrachtungen und Ängeln. Die
Deutsche demokratische Fraktion hat das Ver-
dienst, aus diesem Stadium heraus den Weg zur Tat
eingeschlagen zu haben. Sie bringt Anträge, die eine durch-
greifende Veränderung und Besserung bezwecken.

Diese Anträge betreffen die drei Gebiete, auf denen sich
die Mängel des heutigen Zustandes besonders deutlich
zeigen. Der Reichstag erhebt im Einklang mit der
Verfassung von ihm nur formell als Sachverammlung er-
scheint, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl
seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was
ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbe-
sondere Gelegenheits- ohne große prinzipielle oder praxis-
tische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt
werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die
Vollversammlung gehören, auch wirklich überleben und
von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt
werden, daß das Geschäft der Sachverhandlung der
deutschen Fraktion in einem Ausschuss nicht wider-
steht. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für
das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich
und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll
eine feste Zeitgrenze für die Etatsverhandlung der Gestalt
gegessen werden, denn wenn die Debatte nicht einhalten,
ist abgeschlossen werden, und der Reichstag durch Abstimmung
ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß
der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden.
Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten
wird, so ist es notwendig, daß die Einbringung einer Inter-
pellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die
ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktion
gegründet. Daß dies bei der Transparenz der
Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht
und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung
der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und
Auswahlsitzungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier
Tage jeden Monats von Volk und Auswahlsitzungen hin-
zuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages,
das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um
ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Ausbau des
Einheitsrats, der bisher eine lediglich beratende
Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten
entfaltet, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl
in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die
neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vor-
wärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der
Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt.
Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm
selbst im höchsten Maße, sondern auch dem Reich und der Staats-
autorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen
Verfassung ist.

Diese Anträge betreffen die drei Gebiete, auf denen sich
die Mängel des heutigen Zustandes besonders deutlich
zeigen. Der Reichstag erhebt im Einklang mit der
Verfassung von ihm nur formell als Sachverammlung er-
scheint, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl
seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was
ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbe-
sondere Gelegenheits- ohne große prinzipielle oder praxis-
tische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt
werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die
Vollversammlung gehören, auch wirklich überleben und
von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt
werden, daß das Geschäft der Sachverhandlung der
deutschen Fraktion in einem Ausschuss nicht wider-
steht. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für
das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich
und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll
eine feste Zeitgrenze für die Etatsverhandlung der Gestalt
gegessen werden, denn wenn die Debatte nicht einhalten,
ist abgeschlossen werden, und der Reichstag durch Abstimmung
ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß
der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden.
Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten
wird, so ist es notwendig, daß die Einbringung einer Inter-
pellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die
ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktion
gegründet. Daß dies bei der Transparenz der
Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht
und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung
der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und
Auswahlsitzungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier
Tage jeden Monats von Volk und Auswahlsitzungen hin-
zuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages,
das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um
ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Ausbau des
Einheitsrats, der bisher eine lediglich beratende
Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten
entfaltet, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl
in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die
neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vor-
wärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der
Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt.
Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm
selbst im höchsten Maße, sondern auch dem Reich und der Staats-
autorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen
Verfassung ist.

Diese Anträge betreffen die drei Gebiete, auf denen sich
die Mängel des heutigen Zustandes besonders deutlich
zeigen. Der Reichstag erhebt im Einklang mit der
Verfassung von ihm nur formell als Sachverammlung er-
scheint, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl
seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was
ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbe-
sondere Gelegenheits- ohne große prinzipielle oder praxis-
tische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt
werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die
Vollversammlung gehören, auch wirklich überleben und
von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt
werden, daß das Geschäft der Sachverhandlung der
deutschen Fraktion in einem Ausschuss nicht wider-
steht. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für
das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich
und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll
eine feste Zeitgrenze für die Etatsverhandlung der Gestalt
gegessen werden, denn wenn die Debatte nicht einhalten,
ist abgeschlossen werden, und der Reichstag durch Abstimmung
ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß
der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden.
Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten
wird, so ist es notwendig, daß die Einbringung einer Inter-
pellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die
ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktion
gegründet. Daß dies bei der Transparenz der
Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht
und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung
der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und
Auswahlsitzungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier
Tage jeden Monats von Volk und Auswahlsitzungen hin-
zuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages,
das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um
ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Ausbau des
Einheitsrats, der bisher eine lediglich beratende
Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten
entfaltet, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl
in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die
neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vor-
wärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der
Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt.
Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm
selbst im höchsten Maße, sondern auch dem Reich und der Staats-
autorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen
Verfassung ist.

Diese Anträge betreffen die drei Gebiete, auf denen sich
die Mängel des heutigen Zustandes besonders deutlich
zeigen. Der Reichstag erhebt im Einklang mit der
Verfassung von ihm nur formell als Sachverammlung er-
scheint, während tatsächlich sich nur eine kleine Anzahl
seiner Mitglieder mit ihm beschäftigt. Hier soll das, was
ist, auch zum Ausdruck gebracht werden. Dinge, insbe-
sondere Gelegenheits- ohne große prinzipielle oder praxis-
tische Bedeutung sollen in einem Ausschuss erledigt
werden können, und nur diejenigen, die ihrer Art nach vor die
Vollversammlung gehören, auch wirklich überleben und
von ihr erledigt werden. Sodann muß dafür gesorgt
werden, daß das Geschäft der Sachverhandlung der
deutschen Fraktion in einem Ausschuss nicht wider-
steht. Ein Etat, der erst zum Schluß des Etatsjahres für
das bestimmt ist, abgeschlossen wird, ist begrifflich
und entbehrt jeder praktischen Einwirkung. Deshalb soll
eine feste Zeitgrenze für die Etatsverhandlung der Gestalt
gegessen werden, denn wenn die Debatte nicht einhalten,
ist abgeschlossen werden, und der Reichstag durch Abstimmung
ohne Debatte erledigt wird. Endlich muß das Uebermaß
der Interpellationen und Anfragen eingedämmt werden.
Wenn man grundsätzlich Ausnahmen vorbehalten
wird, so ist es notwendig, daß die Einbringung einer Inter-
pellation und einer Anfrage angeht, so wird dadurch die
ganze Einwirkung im Einklang mit der Größe der Fraktion
gegründet. Daß dies bei der Transparenz der
Zeit des Parlamentes entscheidet, ist nicht mehr als recht
und billig. Hierzu soll noch eine planmäßige Einteilung
der Arbeitstage durch Sperrung von Plenarsitzungen und
Auswahlsitzungen, sowie die Freibehaltung der ersten vier
Tage jeden Monats von Volk und Auswahlsitzungen hin-
zuwirken. Alle diese Dinge scheitern freilich eines Tages,
das die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. Um
ein solches zu schaffen, empfiehlt sich der Ausbau des
Einheitsrats, der bisher eine lediglich beratende
Tätigkeit in Unterfertigung des Reichstagspräsidenten
entfaltet, aber in ihr sich gut bewährt hat. Er dürfte wohl
in der Lage sein, als Vertrauensorgan des Reichstages die
neuen Aufgaben zu lösen. — Dann ist ein Schritt nach vor-
wärts getan. Es wäre dringend zu wünschen, daß der
Reichstag sich möglichst schnell mit diesen Vorläufen befaßt.
Jede Fortdauer des herkömmlichen Zustandes ist nicht nur ihm
selbst im höchsten Maße, sondern auch dem Reich und der Staats-
autorität gefährlich, deren wichtigster Träger er in der neuen
Verfassung ist.

Die Pariser Konferenz.

Sonnabendabend ist folgendes offizielle Kom-
munique ausgegeben worden: Die Konferenz hat im
Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat,
sich mit der Ausarbeitung des Übereinkommens beschäftigt,
das unter ihren Mitgliedern über die beiden Hauptfragen
der Reparationen und der Wiederaufbau erörtert wurde. Hin-
sichtlich der Entschaffung hat sie die Beschlüsse gefaßt, die
für die Sachverständigen für militärische, maritime und In-
dustriellangelegenheiten mit dem Zweck unterbreiten,
von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflich-
tungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Ver-
trag als aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll
von Spa ergeben. Hinsichtlich der Reparationen ist das
gestern von den Sachverständigen vorbereitete Arrangement
besprochen, vervollständigt und schließlich einmütig gebilligt
worden. Die Alliierten haben schon jetzt unter sich die Maß-
nahmen festgelegt, die eventuell angewendet werden sollen,
im Falle, daß Deutschland sich weigern würde, lokal und
lokales seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die
Reparationen und auf die Entschaffung erstrecken. Aus-
sichtlich, einseitig und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutsch-
land aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nach-
kommen werde, haben die Alliierten geglaubt, in diesem
Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren
zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung
werden eingeladen werden, Ende Februar in London mit
den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen.
Das Kommunique stellt also klar, welche Fragen von der
Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und
betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die
Entscheidungen in der beschriebenen und engsten Einigkeit
und im Einverständnis erfolgt sind.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Agence France“ sagt,
daß im Laufe des Sonnabendabend

Deutschland folgender Beschluß mitgeteilt
wurde:
Hinsichtlich der Entschaffung und Deutschland ins-
gesamt nach dem Übereinkommen des Friedensvertrages
anpassen,
die überzähligen Offiziere vor dem 28. Febr.
entlassen,
die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen.

Die Kreuzschiffe vor dem 30. April entwall-

Die im Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle Unterseeboote vor dem 30. Juli zu sein.

Der Minister der Marine hat die Reparations-Kommission über die Reparations-Arbeiten in der Ostsee berichtet.

Die Reparations-Kommission wird den deutschen Export überwaachen.

Deutschland wird den Alliierten, entsprechend den ihnen zufließenden Anteilen Guldenscheine für die Jahresraten geben.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschließung Deutschlands vom Balfordbund.

Die Prämie von 2 Goldmark pro Tonne guter Kohle wird aufrechterhalten.

Nach Schluß der Konferenz erklärte Lord George französische Journalisten, sein Einverständnis mit der Konferenz sei ausgezeichnet; wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, hätten nur die Deutschen sich darüber freuen können.

Nach dem Ergebnis der Konferenz zu urteilen, nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden.

Die Frage der interalliierten Schuld wird höchstbrennend mit dem allerbesten Willen regeln.

Die Brüsseler Konferenz.

Nach einem Bericht der Japans-Agentur haben die französische Finanzminister Dumeret und der englische Delegierte Sir Worthington Evans einen Inkonsensur aufgestellt für die alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz.

Das Ministerium ohne Minister.

Nach Erhebung des Etats des Reichsanwalters befrucht der Haushaltsausweis getrennt dem Haushalt des Wiederbauministeriums.

Janja Zarifsch.

Janja Zarifsch. Ballet, 31. Januar. Varietè... Varietè im besten und im schönsten Sinn.

Beamtensverhältnis zu verwenden. Wenn wirklich noch Kräfte gebraucht würden, sollte man auf die an anderen Stellen überflüssig gewordenen Beamten zurückgreifen.

Die Kirchenwahlen in Preußen.

haben in den letzten Tagen stattgefunden. Da in den meisten Gegenden Kompromisse geschlossen waren, so sind fast nur die Berliner Wahlen beachtenswert.

Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 31. Januar. Unter dem Vorhitz des Reichsanwalters und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Reformminister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstages fand gestern eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung statt.

Arbeitsmarktes sehen nach allgemeiner Auffassung die Beschaffung der Baukräfte. Auch die Zufuhranstalten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert.

Verlogene Kampfesweise.

In verschiedenen Zeitungen ist ein Artikel des deutschen Reichstages über das Bundesratsergänzungsgezet erschienen, in dem die Bedeutung der Deutschennationalen, um die Ausbeutungsbeamten im Reichstag gerügt werden.

Ernährungsfragen.

Entgegen einer von einer Telegraphenagentur verbreiteten Meldung, daß Reichs- und Ernährungsminister Hermes in der Sonntags-Reichstagsitzung erklärt habe, daß vom 15. Februar an die Ration um 200 Gramm erhöht werde.

Die deutschen Benzollieferungen an Frankreich.

Auf Grund des Friedensvertrages ist Deutschland verpflichtet, 35 000 Tonnen jährlich für 3 Jahre an Frankreich zu liefern.

denen die Sinne mehr verlangen, als die Körper geben können. An der Spitze die Dame Julia Zarifsch. Etwas Leichtsinnigkeit mit der Sachette.

Das Ende des Expressionismus.

Beitrag von Dr. Burkhard Meyer in der Woziburg. Halle, 30. Januar. Der Redner stellte sich, wie es bekannt ist, Aufgabe, zu dem Vortrag, den Dr. Griesbach im November vorigen Jahres über die Krisis in der modernen Kunst gehalten hat, die praktische Ergänzung zu geben.

Er führte in großen Zügen aus: Der Expressionismus hat uns in Dekorationen und in der lebendigen Kunst um neue Möglichkeiten bereichert.

Der Kreis der Wesen unter den Expressionisten hat sich sehr vergrößert. Die Expressionisten zweiten Grades wirken sehr unzufrieden, maniert.

Nach dem Gelehrten zu urteilen, befindet sich also der Expressionismus im Absterben. Er hat den Gipfel überschritten, ohne auch nur ein einziges Gipfelwort zu hinterlassen.